

Olaf Münichsdorfer

Keine falsche Bescheidenheit

Bei der Klimafrage geht es ans Eingemachte. Sie stellt grundlegende Mythen unseres Wirtschaftssystems in Frage. Die Grünen könnten die Wegbereiter eines gesellschaftlichen Gegenmodells sein – wenn sie sich nur trauen würden.

Die Grünen im Europäischen Parlament sind stärker und schwächer, als sie von den meisten politischen Beobachtern eingeschätzt werden. Streng arithmetisch gesehen, sind sie schwächer, als die großen Volksparteien. Die Entwicklung der grünen Fraktion ist durch die EU-Erweiterung bisher nicht befördert worden. Die mittel- und osteuropäischen Länder sowie Malta und Zypern, die 2004 der EU beigetreten sind, haben bisher keinen einzigen grünen Abgeordneten zur Verstärkung geschickt. Am 1. Januar dieses Jahres sind noch einmal 35 Abgeordnete aus Rumänien und 18 Abgeordnete aus Bulgarien zur EU gestoßen – wieder ohne Grüne.

Auch in den alten EU-Mitgliedstaaten finden grüne Parteien nicht überall Zuspriechung: es gibt nur wenige grüne Abgeordnete aus den großen, alten Mitgliedsländern wie Großbritannien, Italien und Spanien. Die Fraktion Grüne/EFA zählt jetzt 42 Abgeordnete von 785. Das macht genau 5,35 Prozent aller Abgeordneten. Zieht man die fünf Abgeordneten der Regionalisten ab (EFA), mit denen die Grünen ein Zweckbündnis eingegangen sind, landet die Fraktion klar unter fünf Prozent. Nach dem Übertritt einiger Europaabgeordneter der christdemokratischen Gruppe zur Fraktion „Europa der Nationen“ zum Jahresende 2006 sind sie nunmehr nur noch die fünftgrößte Fraktion des Europäischen Parlaments.

Diese Rangfolge zeigt jedoch nicht den realen politischen Einfluss der Fraktion: Die Grünen sind stärker, als weithin angesichts dieser Rangfolge angenommen. Welchen politischen Einfluss die Grünen über ihr arithmetisches Gewicht hinaus einnehmen, zeigt ein Beispiel: Die Neuwahlen zur Halbzeit der Legislaturperiode des Präsidenten und

Die Entwicklung der grünen Fraktion ist durch die EU-Erweiterung bisher nicht befördert worden.

des Präsidiums des Europäischen Parlaments, die am 16. Januar in Straßburg stattgefunden haben, bescherten den Grünen einen ansehnlichen Erfolg: Die Ko-Vorsitzende der grünen Fraktion, Monica Frassoni, hat mit einem beachtlichen Erfolg für das Amt des Parlamentspräsidenten kandidiert.

Ihre Kampagne zielte darauf ab, die Entscheidungsprozesse im Europaparlament transparenter zu machen, die schleichende Politisierung der Verwaltung des Parlaments zu stoppen, den Einfluss der Industrielobbys zu beschneiden und den beiden großen Fraktionen, Christdemokraten und Sozialisten, entgegenzutreten, die parlamentarische Prozesse durch Geschacher mit den großen EU-Mitgliedstaaten konterkarieren. Frassoni hat schließlich 145 Stimmen bekommen. Mehr als dreimal soviel wie das theoretische Gewicht der grünen

Fraktion. Durch diesen großen Erfolg hat sich der politische Spielraum der grünen EP-Fraktion bis zu den Neuwahlen 2009 erweitert. Viele Sozialdemokraten und Liberale, aber auch viele Frauen haben für die Ko-Vorsitzende der grünen Fraktion gestimmt, um ein Zeichen des Widerstands zu setzen.

Die Grünen haben also durchaus Einfluss. Doch, was macht ihre Stärke aus und in welchen Themen können sie wirklich einen Unterschied machen? Vertreter der Volksparteien benutzen gerne das Schlagwort der „Ein-Punkt-Partei“, um Grüne schachmatt zu setzen. Sie erkennen damit zwar die Kompetenz und Konsequenz der Grünen im Bereich des Umweltschutzes an, wollen aber gleichzeitig den Eindruck erwecken, die starre Fokussierung auf ein Thema müsse zwangsläufig unflexibel und borniert machen. Die Partei sei daher eigentlich nicht konsensfähig, ihr fehle auch die Kompetenz in Schlüsselressorts der Politik, wie der Finanz- und der Wirtschaftspolitik. Auch seien ihre ideologischen Konturen unscharf: sie versuche, gleichzeitig marktfreundlich und staatsfremd, libertär und autoritär zu sein. Außerdem warnen Strategen vor einer besonderen „Klimafalle“ für die Grünen: Medial überfüttert würden sich immer mehr Bürger vom derzeitigen Hauptthema und seinem glaubwürdigsten Anwalt abkehren.

Grüne müssen sich dieser Kritik und diesen Warnungen stellen. Doch sie sollten sich dabei nicht in falscher Bescheidenheit üben. So wie die Bearbeitung der

sozialen Frage und damit das Aufkommen der linken Parteien im 19. und 20. Jahrhundert eine Antwort auf die inakzeptablen Entwicklungen der Industriegesellschaft waren, so sind auch die ökologische Frage und die grüne Bewegung eine Reaktion auf unser Wirtschaftsmodell, das diesmal nicht nur sozialpolitisch, sondern auch umweltpolitisch an seine Grenzen stößt. Kurz: die ökologische Frage greift tiefer. Sie macht auf Widersprüche und Blockaden aufmerksam und stellt grundlegende Mythen des Wirtschaftssystems in Frage.

Wenn sich die Grünen demnach nicht darauf beschränken, Klimaschutz als ein rein energietechnisches Problem zu deuten, auf das eine Antwort im derzeitigen System des ungezügelter, quantitativen Wirtschaftswachstums gefunden werden kann, sondern darüber hinausschauen, wird erkennbar, wie tief ihre Wurzeln gehen. Dann wird die Klimafrage auch zum Indiz dafür, dass unser Wirtschaftssystem durch die Energiefrage finanztechnisch, wirtschafts-, umwelt- und entwicklungspolitisch aus den Fugen geraten und in sich nicht zukunftsfähig ist. Dann wird die Umweltfrage zur sozialen Frage und letztlich auch zu einer Frage von Krieg und Frieden.

Doch in diesem Punkt haben die Grünen noch eine Bringschuld: Sie müssen über die sterile, technikgeladene Debatte hinausgehend, wirtschaftspolitisch, finanzpolitisch, sozialpolitisch und außenpolitisch klarer ihren gesellschaftlichen Gegenentwurf darlegen und erkennbar machen, dass sie die eigentlichen Wegbereiter eines neuen Wirtschaftsmodells sind. Nur wenn sich neben die fundierte Analyse der Zusammenhänge, ihrer bisherigen Stärke, auch eine „new narrative“, also eine neue Erzählung gesellt, wie der US-amerikanische Vordenker Jeremy Rifkin formuliert, werden die Grünen glaubwürdig.

Ein neues Gesellschaftsmodell verlangt nach einer ideologischen Basis: Politische Beliebigkeit im Rhythmus der Umfragewerte schafft kein solides Rückgrat. Grüne sollten nicht aus Furcht vor einer vermeintlich grassierenden „Ideologiefindlichkeit“ auf halber Strecke stehen bleiben und in den Chor der grauen Mäuse einstimmen, die dem „Pragmatismus“ das Wort reden. Pragmatische Politik unterschlägt nur, welcher Ideologie sie wirklich dient. Sie

ist in ihren Fundamenten oft unehrlich und in ihren Folgen schnell undemokratisch, überlässt jenen Kräften das Ruder, die im Dunkeln agieren. Grüne Politik kann und soll in diesem Sinne nicht pragmatisch sein: Die Klimafrage berührt wesentliche gesellschaftliche Grundfragen und erfordert in vielen Bereichen eine ideologische Neubestimmung und streckenweise auch den Mut zur Konfrontation.

So wird beispielsweise das grüne Engagement für erneuerbare Energien schnell zum Kampf für eine Emanzipation von Fremdbestimmung durch große Wirtschaftsunternehmen, die ein unkontrolliertes Machtsystem errichtet haben, das Politik unterminiert, Preise diktiert, und Konsumenten schröpft.

Dass die Demokratie in Gefahr ist und Züge einer „Expertokratie“ und Wirtschaftsdiktatur erkennbar sind, zeigt sich gerade bei der EU-Umweltpolitik mit besonderer Deutlichkeit [...].

Ein System, das weltweit verankert ist und sich zentralistischer, umweltschädlicher Techniken der Energiegewinnung bedient, die militärische Konflikte auslösen, Unterdrückung zementieren und unsere Lebensgrundlagen bedrohen. Das scheinbar aseptische Thema „erneuerbare Energien“ wirft damit auch gesellschaftliche Grundfragen auf. Es steht außer Zweifel, dass der Kampf um eine andere Energiepolitik kein Randthema ist. Er betrifft die Grundfeste unserer Gesellschaft, definiert, wie überlebensfähig unsere Industriegesellschaft ist, welche Machtstrukturen sich darin ausbilden können und welcher Raum darin für Demokratie und Mitbestimmung bleiben wird.

Dass die Demokratie in Gefahr ist und Züge einer „Expertokratie“ und Wirtschaftsdiktatur erkennbar sind, zeigt sich gerade bei der EU-Umweltpolitik mit besonderer Deutlichkeit: Wenn die deutsche Automobilindustrie sich der deutschen Christdemokraten bedient, um den Kommissionspräsidenten in der Frage der CO₂-Grenzwerte offen zu erpressen; wenn die Atomindustrie Mitarbeiter in Schlüsselpositionen der EU-Kommission unter Vertrag hat und undurchsichtige Expertengremien Ge-

sundheitsstandards festlegen sollen, dann läuft etwas falsch im System der EU-Institutionen. Auch bei diesen Beispielen zeigt sich, wie weit Grundregeln einer Demokratie – politische Kontrolle und Transparenz – außer Kraft gesetzt wurden.

Bei ihrem konsequenten Kampf um strenge Umweltregeln, die der europäischen Wirtschaft nachweislich einen Innovationsvorsprung sichern, stehen die Grünen im Europaparlament bisher noch ziemlich allein auf weiter Flur. Konservative und Sozialisten haben oft Angst vor der eigenen Courage, wirken strukturkonservativ und verfolgen kurzfristige Ziele, Liberale stehen tendenziell klaren staatlichen Regeln und Sanktionen kritisch gegenüber. Wenn Entbürokratisierung also zur Entdemokratisierung wird und radikale Marktlogik anstelle von staatlichen Regeln tritt, wirken Grüne als ein wichtiges Korrektiv.

Doch sie müssten sich sicherlich öfter fragen, wie die Liberalisierungstendenzen, die sie in verschiedenen Punkten gutheißen, mit diesem, sinnvollen, autoritären Ansatz zusammengeht. Das Spannungsfeld zwischen „libertär“ und „autoritär“ – Konzepte, die sich nicht immer gegenseitig ausschließen – muss von den Grünen stärker bearbeitet werden, wollen sie politisch kohärent bleiben. Sonst verliert auch ihr wichtigster Kampf im Europaparlament – das Engagement gegen eine Diktatur der Industrie und für die Aufrechterhaltung eines demokratischen EU-Systems – an Glaubwürdigkeit.

Die Grünen waren nicht nur in Umweltfragen von jeher unbequeme Kritiker, geschliffene Analytiker, gute Vordenker: Jetzt müssen sie erkennen, dass eine EU, die frenetisch auf Liberalisierung und in der Folge Durchökonomisierung aller Lebensbereiche setzt, letztlich den Unternehmen alle und der Politik nur mehr wenige Rechte einräumt. Der Energiebereich zeigt deutlich, dass global agierende Industrieunternehmen Mitgliedstaaten untereinander ausspielen und sich der Politik erfolgreich widersetzen können. Die Grünen sind in ihrer Analyse wie keine andere Partei auf dem Weg, diesen Komplott offen zu legen. Sie sollten jetzt deutlicher machen, wie ihr gesamtgesellschaftlicher Gegenentwurf aussieht. Die Ideen für einen Wechsel haben sie.